

Taunus-Zeitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Kelkheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz
Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn

Anzeiger für Ehlhalten,
Falkensteiner Anzeiger

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2 Mark, monatlich 70 Pfennig. Anzeigen: Die 50 mm breite Petitzeile 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite Reklame-Petitzeile im Textteil 50 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressennachweis und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in

Freitag
18
Januar

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachsch. Jede Nachschreibung wird hinfällig bei gerichtlicher Beilegung der Angelegenheiten. — Einfache Beilagen: Tausend 6.50 Mark. Anzeigen-Annahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vor, kleinere bis 1/10 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird tunclich berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 10 · 1918

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Ph. Kleinbühl, Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Telefon 44.

42. Jahrgang

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Die Räumungsfrage.

Brest-Litowsk, 16. Jan. (W. B.) Bei Erörterung des vom Staatssekretär von Kühlmann gemachten Vorschlags, für die Vornahme der entscheidenden Abstimmung in den besetzten Gebieten den Zeitraum zwischen dem Abbruch des Friedens mit Rußland und spätestens einem Jahre nach dem allgemeinen Friedensschluß anzusetzen, schnitt Herr Trotski sofort die Räumungsfrage an. Er führte aus, daß keine genügenden Gründe vorlägen, das Schicksal der betreffenden Gebiete an den Verlauf und den Weitergang des Krieges zu knüpfen. Freilich werde durch die Wiederherstellung des friedlichen Verkehrs zwischen den beiden Parteien die Fortsetzung des Krieges auf anderen Fronten nicht ausgeschlossen. Er sei aber der Ansicht, ohne vorläufig einen bestimmten Termin nennen zu wollen, daß die Frage der Regelung der Gebiete der jetzt besetzten Gebiete in Zusammenhang gebracht werden müsse mit dem Friedensschluß an der Ostfront.

Staatssekretär v. Kühlmann wies demgegenüber zunächst darauf hin, es liege schon ein großes Entgegenkommen darin, daß die Verbündeten sich bereit erklärt hätten, die unter Artikel 1 der deutsch-österreichisch-ungarischen Formulierung fallenden Gebiete bereits nach Abschluß der russischen Demobilisierung ohne Rücksicht auf den Fortgang des Weltkrieges zu räumen. Ein weiteres Entgegenkommen seitens der Verbündeten in diesem letzteren Punkte habe er nicht für ausgeschlossen, falls man in den anderen Punkten zu einer Uebereinstimmung gelange. Da jedoch die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit eines Wiederaufflammens des Kampfes an der Ostfront bei Fortdauer des Krieges an den anderen Fronten jedenfalls erheblich größer sei als nach Abschluß eines allgemeinen Friedens, so müsse er es als abgeschlossen bezeichnen, für die Räumung der in Artikel 2 des deutsch-österreichisch-ungarischen Entwurfes aufgeführten Gebiete einen Zeitpunkt ins Auge zu fassen, der nicht mit dem Abschluß des allgemeinen Friedens rechnet. Weitere Sicherungen als in Artikel 3 vorgesehen, könnten seitens der Verbündeten, solange der allgemeine Krieg dauere, unmöglich aufgehoben werden.

Herr Trotski entgegnete, daß er in der Erklärung der Existenz der fraglichen Völker gemäß ihrem Willen die beste Sicherheit gegen ein Wiederaufleben des Krieges an der Ostfront erblickte würde.

Staatssekretär von Kühlmann stellte fest, daß zwischen den Parteien Uebereinstimmung herrsche in dem Wunsche möglichst bald dem durch den Krieg geschaffenen Zustand ein Ende zu bereiten, wiederholte aber, daß es auch dem dargelegten Grunde untunlich sei, die Grenzicherungen vorzeitig zu schwächen.

Nach einer Replik des Vorsitzenden der russischen Delegation wurde die Sitzung auf 5 Uhr nachmittags vertagt.

Die Nachmittagsitzung wurde um 5 Uhr durch den Staatssekretär von Kühlmann mit folgenden Ausführungen eröffnet:

Meine Herren! Wir haben heute morgen die Besprechung des Zeitraumes der Räumung zu Ende geführt und mit Bedauern konstatieren müssen, daß auf der Gegenseite, trotzdem die von uns ausgeführten Gründe vollkommen durchschlagender Natur waren, keine Geneigtheit bestand, auf unsere Darlegung in irgend einer Weise einzugehen. Wir wollen übergehen zum zweiten Punkt dieser Diskussion, der sich bezieht auf die allgemeinen politischen Voraussetzungen, unter denen die

Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes

erfolgen soll. Die Hauptfrage wird sein, inwiefern die Freiheit der Abstimmung bei der Wahl zu der ausschlaggebenden Versammlung durch die Gegenwart unserer Truppen in den betreffenden Gebieten beeinträchtigt wird.

Die verbündeten Delegationen sind von der vollkommen aufrichtigen Absicht geleitet, für die Abstimmung beziehungsweise Wahlen das höchstmögliche Maß von absoluter politischer Freiheit sicherzustellen, das mit den Umständen verträglich ist. Dies ist, wie sich aus der Natur der Sache ergibt, zum größten Teil nicht eine militärische Frage. Der Rahmen innerhalb dessen die Diskussion über die Frage laufen kann, ist durch militärische Notwendigkeiten gezogen, über die hinaus wir nicht gehen können. Die beiden Ge-

sichtspunkte innerhalb deren diskutiert werden kann, sind folgende: Eine gewisse Zahl bewaffneter und disziplinierter Streikräfte ist zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung notwendig. Ein Teil gut militärisch organisierter Kräfte ist notwendig, um den ökonomischen Betrieb des Landes im Gange zu halten. Es wird von unserer Seite in bindender Form die Zusage gegeben werden, daß diese organisierten Kräfte in dem Gebiet, um das es sich handelt, in keiner Weise sich politisch betätigen und keinen politischen Druck ausüben dürfen. Aus diesen Anschauungen heraus vertreten wir unbedingt die These, daß die Gegenwart dieser Kräfte der Freiheit der Abstimmung in keiner Weise abträglich sein kann und infolgedessen die Ausübung einer vollkommen freien Abstimmung keineswegs beeinträchtigt ist.

Der Vorsitzende der russischen Delegation

wandte sich zunächst wieder der Frage der Räumung der besetzten Gebiete zu. Gegenüber einer deshalb an ihn gerichteten Bitte des Staatssekretärs von Kühlmann, doch zum Thema zu sprechen, nämlich zu der Frage unter welchen Bedingungen eine Abstimmung stattfinden könne die nach der beiderseitigen Ansicht eine gültige und nicht durch militärischen Druck beeinflusste Willenskundgebung anzusehen sei, erklärte Herr Trotski, er müsse sich über die Räumungsfrage vollkommen Klarheit verschaffen, die er bis jetzt nicht habe.

Staatssekretär von Kühlmann antwortete, er habe unter dem Eindruck gestanden, daß durch die Erörterung von morgen die Frage des Zeitpunktes genügend geklärt seien, wenn das nicht der Fall sei, so habe er nichts dagegen, wenn der Herr Vorsitzende der russischen Delegation das Thema weiter erörterte, er könne keine Gewähr dafür übernehmen, daß innerhalb des Zeitraumes, der für die Abstimmung praktisch in Frage komme, militärische Erwägungen eine vollkommene Räumung des Gebietes möglich erscheinen lassen würden. Es sei für jeden klar, daß selbst bei Einrichtung einer nationalen Gendarmerie, zu der die Verbündeten durchaus bereit seien, der Sicherheitsdienst in diesen weiten und unsicheren Gebieten innerhalb der Zeitspanne, in der die Abstimmung herbeigeführt werden müßte, nicht so vollkommen zu regeln sei, daß auf militärische Sicherheit der Ordnung ganz verzichtet werden könnte. Das Minimalprogramm der Verbündeten sei in sorgfältiger Berücksichtigung der militärischen Notwendigkeit aufgestellt. Zu seiner Einhaltung beziehungsweise Diskussion im einzelnen seien die Verbündeten bereit. Es werde sich darum handeln, ob nach Ansicht des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation innerhalb des von den Verbündeten dargelegten Rahmens eine Abstimmung oder Wahl möglich sei, d. h. bei der Gegenwart dieser bereits definierten militärisch organisierten Kräfte die Abstimmung oder Wahlmöglichkeit als frei von militärischem Druck betrachtet werden könne oder nicht.

Auf die letzten Ausführungen des Staatssekretärs v. Kühlmann erklärte Herr Trotski, er könne jetzt nicht diese Fragen, die an ihm gestellt wurden, beantworten, die für die Verhandlungen von praktischer politischer Bedeutung sein würden, und es sei einleuchtend, daß die Klarstellung aller übrigen hierher gehörigen Fragen, nämlich diejenigen der Räumung durch die Truppen, kein Bild darüber schaffen könne, unter welchen Bedingungen die erwähnte Abstimmung verlaufen würde. Zunächst müsse er sich auf die Feststellung beschränken, daß die Gegenwart der in Frage stehenden organisierten Kräfte nach russischer Ansicht der Abstimmung sehr schweren Eintrag tun würde. In sehr engem Zusammenhang mit der oben behandelten Frage stehe die Rückkehr der Flüchtlinge und der Evakuierten in die besetzten Gebiete. Seiner Ansicht nach könne die Abstimmung erst stattfinden, wenn diese Flüchtlinge und Evakuierten zurückgekehrt seien. Die in dem von der österreichisch-ungarischen und der deutschen Delegation überreichten Schriftstück vorgesehene Formulierung erscheine ihm mit zu den einschneidendsten Fragen zu gehören.

Staatssekretär von Kühlmann gab ohne weiteres zu, daß grundsätzlich Flüchtlinge berechtigt sein sollten in ihre Heimat zurückzukehren. Es sei aber eine Aufgabe der Verwaltungsbehörden, ob und welche Ausnahmen von dieser allgemeinen Regel zu statuieren seien. Er bitte den Vorredner, ihm zur Erleichterung des Ueberblickes das der russischen Regierung hierüber vorliegende Material zugehen zu lassen, wozu Herr Trotski sich bereit erklärte.

Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

Die bayerische Vertretung in Brest-Litowsk.

Berlin, 17. Jan. (W. B.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Der Entsendung des königlich bayerischen Staatsministers a. D. Graf von Podewils nach Brest-Litowsk liegt, wie wir hören, eine Vereinbarung zu Grunde, die im Anschluß an die Versailler Uebereinkunft vom 23. November 1870 zwischen Preußen und Bayern getroffen und von Preußen am 14. Februar 1871 ratifiziert wurde. Sie geht dahin, daß bei Friedensverträgen, die nach einem Bundeskrieg geschlossen werden, auch ein Bevollmächtigter des Königs von Bayern zugezogen werden soll, der sich an den Verhandlungen beteiligt und durch das Bundeskanzleramt, also durch den deutschen Reichskanzler, seine Instruktionen erhält.

Die Besprechungen mit der ukrainischen Delegation.

Brest-Litowsk, 16. Jan. (W. B. Amtlich.) Im Laufe des heutigen Vormittags versammelten sich die Delegationen der verbündeten Mächte zu einer internen vertraulichen Besprechung. Staatssekretär v. Kühlmann gab in längerer Rede Auskunft über den Stand der mit der russischen Vertretung in den letzten Tagen geführten Verhandlungen zur Regelung der politischen und territorialen Fragen. Die Vorsitzenden der verbündeten Vertretungen brachten dem Staatssekretär einmütig ihren Dank und ihre vollste Zustimmung zum Ausdruck.

Infolge Unwohlseins des Ministers des Auswärtigen Grafen Czernin fand eine für heute nachmittag angeordnete vertrauliche Besprechung mit den ukrainischen Delegierten in der Privatwohnung des Ministers statt. Die eineinhalb Stunden lange Unterredung, an der auch die deutsche Delegation teilnahm, führte zur Herstellung eines prinzipiellen Einverständnisses über die das künftige politische Verhältnis zwischen den Mittelmächten und der Ukraine betreffenden Fragen.

Hiermit dürfte ein entscheidender Schritt nach vorwärts getan worden sein. Für morgen ist eine Fortsetzung dieser Besprechungen anberaumt. Es sollen dann auch Wirtschaftsfragen erörtert werden. Nach dem binnen kurzem zu erwartenden Abschluß des vertraulichen, vorbereitenden Gedankenaustausches wird in Detailfragen eingetreten werden.

Großes Hauptquartier, 17. Januar.

(W. B.) Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen. In zahlreichen Frontabschnitten Erkundungsgeschechte. Nördlich von Passendale, an der Scarpe, bei Vendhuile und St. Quentin wurden einige Engländer gefangen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front

Im Cerna-Bogen dauerte erhöhte Artillerietätigkeit an.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Bei ihren erfolglosen und verlustreichen Angriffen am 14. und 15. Januar haben die Italiener an Gefangenen 12 Offiziere und mehr als 300 Mann eingebracht.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Wiener Generalstabsbericht vom 17. Jan.

Wien, 17. Jan. (W. B.) Amtlich wird verlautbart: Zwischen Brenta und Monte Vertica beschränkte der Gegner seine Geschäftstätigkeit nach den erfolglosen und verlustreichen Angriffen des Vortages auf heftige Feuerüberfälle. In den Kämpfen am 14. und 15. Januar wurden 12 Offiziere und über 300 Mann Gefangene eingebracht.

Der Chef des Generalstabes.

Ein Tauchboot an der amerikanischen Küste?

Bern, 17. Jan. Das „Journal“ meldet aus New York, dort geht das Gerücht, daß ein deutsches Tauchboot 100 Meilen vor der Bucht von Galveston einen amerikanischen Dampfer versenkt habe. Die Nachricht habe unter dem Publikum große Erregung und an der Börse eine allgemeine Panik verursacht.

Beschließung englischer Küstenanlagen.

Berlin, 16. Jan. (W. B.) Antisch. Am 14. und 15. Januar unternahmen leichte deutsche Streikräfte einen Streifzug durch die südliche Nordsee. Sie trafen weder feindliche Kriegsschiffe noch Handelsfahrzeuge an, trotzdem sie nördlich der Themse-Mündung dicht unter die englische Küste vorstießen. Dort nahmen sie wichtige Anlagen auf nächste Entfernung bei guter Beobachtung mit über 300 Schuß unter wirksamer Artilleriefeuer.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Rücktritt des Herrn v. Valentini. Oberpräsident v. Berg sein Nachfolger.

Berlin, 17. Jan. Der Kaiser hat den Abschied des Chefs des Zivilkabinetts v. Valentini genehmigt und an seine Stelle den bisherigen Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen v. Berg berufen.

Berlin, 18. Jan. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ erzählt, dürfte der Rücktritt des Chefs des Zivilkabinetts von Valentini noch weitere Veränderungen nach sich ziehen.

Die Kanzlerrede.

Berlin, 17. Jan. Eine Meldung, wonach der Reichskanzler Graf Hertling seine angekündigte Rede über die auswärtige Politik schon morgen im Hauptauschuß halten würde, ist unzutreffend. Ein bestimmter Tag ist noch nicht festgelegt und konnte nicht festgelegt werden, weil der Kanzler eine gewisse Klarung in den Verhandlungen in Brest-Litowsk abwarten will. Von der Art dieser Klarung wird es nach der „Germania“ auch abhängen, ob der Kanzler vor dem Hauptauschuß oder in einer Sitzung des Plenums spricht. Möglicherweise würde die Zusammenberufung des Reichstags bald erfolgen.

Hauptauschuß des Reichstags.

Berlin, 17. Jan. Der Hauptauschuß des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag zunächst mit dem Verhältnis der polnischen Saisonarbeiter in Deutschland. Sodann wurden Zensurfragen besprochen und die Beratung auf Freitag vertagt.

Preussisches Herrenhaus.

Berlin, 17. Jan. In der heutigen Sitzung wollte das Herrenhaus sich mit den Kriegszusatzfragen beschäftigen. Ein diesbezüglicher Antrag wurde von den Antragstellern zurückgezogen und zwar mit Rücksicht darauf, daß der Hauptauschuß des Reichstags gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen beschlossen hat, wegen der schwebenden Verhandlung in Brest-Litowsk von einer Besprechung der mit der auswärtigen Politik zusammenhängenden Angelegenheiten vor der Hand Abstand zu nehmen.

Nach Erledigung einiger Verordnungen und Petitionen wurde das Herrenhaus auf unbestimmte Zeit vertagt.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Berlin, 17. Jan. Im Abgeordnetenhaus brachte Finanzminister Hergt den Etat für 1918 zur Genehmigung ein und begründete denselben mit einer Rede. Er führte u. a. aus: Es macht sich notwendig, die Eisenbahntarife zu erhöhen und zwar um 10 Proz. bei den Personentarifen, um 15 Proz. bei den Gütertarifen und um 10 Proz. bei den Militärtarifen. In den nächsten Tagen wird ein Gesetzentwurf darüber dem Hause zugehen. Die Tarifierhöhung wird insgesamt 389 Millionen Mark bringen. Aber auch hiernach werden an dem, was die Eisenbahnverwaltung dem Staatshaushalt zuführen sollte, 159 Millionen fehlen. Das Jahr 1918 wird Ausgaben bringen, die nicht im Etat vorgesehen sind, u. a. für die Erhöhung der Beamtenzulagen. Die neuen Tarifierhöhungen werden ausdrücklich als vorübergehende Kriegszuschläge bezeichnet, wir hoffen, daß sie nach dem Kriege beseitigt werden können, aber wir müssen uns die volle Freiheit vorbehalten, die Wirkung auf den Verkehr und auf die Staatsfinanzen zu prüfen.

Das Gesetz von 1917 über die Erhöhung der Steuerzuschläge sah vor, daß wenn der Krieg am 1. April 1918 noch dauert, zum dritten Mal die erhöhten Zuschläge erhoben werden sollen. Sollte auch der Krieg bis dahin zu Ende sein, so muß doch durch ein neues Gesetz, wenn nicht etwa die organische Neuordnung des ganzen Steuerwesens inzwischen durchgeführt sein sollte, für die Weitererhebung dieser erhöhten Zuschläge Vorkehrung getroffen werden, die wir vorerst nicht entbehren können.

Der Etat für 1918 ist mit 6 1/2 Milliarden Mark 1,9 Milliarden höher als der laufende Etat. Diese Erhöhung ist auf die allgemeine Steigerung der Ausgaben, aber auch auf eine etatsrechtliche Veränderung zurückzuführen, die Beamtenzulagen sind eingearbeitet, über deren Erhöhung zum 1. April wir selbstverständlich uns mit Ihnen ins Benehmen setzen werden.

Neue Aufgaben stehen uns in der Bevölkerungspolitik, der Kleinwohnungsfürsorge und der Säuglingsfürsorge bevor. Wir wollen wieder ein Gesetz für die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Staatsarbeiter und geringer besoldeten Beamten bringen.

Es folgte die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Vereinfachung der Verwaltung und die Zulassung von Frauen zu städtischen Verwaltungsdeputationen.

Der Antrag der Kommission wird angenommen, ebenso ein Antrag Kaufmann (3.), wonach die Frauen zu Mitgliedern der Schulkommissionen gewählt werden dürfen.

Nach Erledigung einer Reihe von Petitionen vertagt sich das Haus auf Samstag 11 Uhr. Tagesordnung erste Beratung des Staatshaushaltsvoranschlags.

Vizekanzler v. Papen.

Aöln, 17. Jan. (W. B.) Die „Aöln. Ztg.“ meldet aus Stuttgart: Der Gesundheitszustand des Vizekanzlers von Papen hat sich, wie man hört, so weit gebessert, daß er voraussichtlich noch diesen Monat seine Tätigkeit in Berlin wieder aufnehmen können.

Rußland.

Republik Turkestan.

Stockholm, 16. Jan. (W. B.) Das ukrainische Informationsbureau teilt mit: Der Rat der Nation in Kiew erhielt die Nachricht, daß ein außerordentlicher Kongreß der Russen in Turkestan in Uebereinstimmung mit der mehreren Millionen zählenden Bevölkerung Turkestans in Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht und gemäß den Grundsätzen der großen russischen Revolution am 23. Dezember v. J. das Gebiet von Turkestan als selbständige Republik im Bunde mit der föderativen russischen Republik erklärt hat. Einstweilen wurde ein nationaler Rat gebildet, in welchem ein Drittel der Sitze der nicht-muslimischen Bevölkerung Turkestans zuerkannt wurde.

Ein erfolgloses Attentat auf Lenin.

Petersburg, 16. Jan. (W. B.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Als Lenin gestern eine Abtheilung der sozialistischen Roten Garde, die zur Front abging, begleitet hatte und im Automobil zurückkehrte, wurden auf dieses vier Revolvergeschosse ohne Erfolg abgefeuert.

Freilassung des rumänischen Gesandten?

Basel, 16. Jan. Petersburger Havasmeldung. Auf Weisung Lenins ist der rumänische Gesandte wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Frankreich.

Genf, 17. Jan. Auf die Verhaftung Caillaux ist gestern die Verhaftung des Abg. Loustalot und des Geschäftsagenten Combi erfolgt, die sich bereits in Untersuchung befanden.

Genf, 17. Jan. Auf Anweisung des französischen Justizministers hat der Pariser Generalstaatsanwalt eine neue ärztliche Untersuchung des Geisteszustandes Villains, des Mörders des Abgeordneten Jaurès, angeordnet. Im Jahre 1915, als Villain zum ersten Male vor dem Schwurgericht erschienen sollte, hatten die Ärzte ihm das volle Bewußtsein abgesprochen.

Die Friedensbedingungen der Türkei.

Bern, 17. Jan. Der hiesige türkische Gesandte Suad Selim Bey erklärte einem Mitarbeiter des „Bund“ über die Stellung der Türkei zur Friedensfrage u. a. folgendes:

Auch die Türkei ist gerne bereit, das Ihre am großen Friedenswerk mitzuwirken. Wir fordern: 1. Integrität des gesamten osmanischen Gebietes, auch verlappte, unter dem Namen von Autonomie oder Suzeränität verborgene Abtrennungen werden wir nicht zugeben. 2. Die Anerkennung unseres von den uns verbündeten Staaten angenommenen Rechtes auch im Inneren unser eigener Herrscher zu sein, politisch wie wirtschaftlich. Mit diesen Bedingungen stehen und fallen wir. Daß wir natürlich freiwillig alles anbieten werden, ohne Zwang von außen das Los aller Nationalitäten in jeder Weise dem Fortschritt anzupassen, ist eine andere Sache. Wir verschließen uns keiner Forderung der Zeit. Was für Oesterreich-Ungarn gilt, gilt auch für uns: Wir wollen Herren sein im eigenen Haus, darin aber allen Bewohnern ein Heim bereiten, das dem Zeitgeist entspricht. Die vollste Integrität der Türkei ist ein *conditio sine qua non* des Friedens. Wir sind felsenfest überzeugt, daß unsere Verbündeten nach den ungeheuren Opfern, die wir für die gemeinsame Sache gebracht haben, darauf bestehen werden, daß die Integrität der Türkei nicht angetastet werde. Es ist ja klar, daß der Sturz des Zarismus nicht allein den grandiosen Taten Hindenburgs zu verdanken ist, sondern in bedeutendem Maße auch der Schließung und Verteidigung der Dardanellen. Zum Eintritt in die Gemeinschaft der Nationen sind wir ebenso gerne bereit, wie zur Mitarbeit an der Beseitigung des Militarismus. Wenn man uns endlich in Ruhe lassen wird, wenn die auswärtigen Intrigen bei uns endgültig aufhören werden, wird sich rasch zeigen, daß wir grundlegender sozialer und wirtschaftlicher Reformen durchaus fähig sind, und daß unsere Nation es verdient, ihr eigenes Leben im Räte der Völker fortzusetzen.

Amerika.

Die Militärpflicht.

Washington, 16. Jan. (W. B.) Neutermeldung. Auf Ersuchen des Kriegsdepartements brachte Chamberlain, der Vorsitzende des Militärausschusses des Senats, ein Gesetz im Senat ein auf militärische Registrierung aller männlichen Personen, die nach dem 5. Januar 1917 das 21. Lebensjahr erreicht haben. Die Maßnahme ist dazu bestimmt, die Forderung des Obermarshalls, General Crowder, zur Ausführung zu bringen, so lange der Krieg dauert, jährlich 700 000 Mann in die Armee einzustellen.

Explosion in einem ungarischen Bergwerk.

Budapest, 17. Jan. In Anna Barca (Königsthal Krasso Szecseny) hat im Hungaria-Schacht, in dem 200 Arbeiter beschäftigt waren, eine Explosion stattgefunden. Bisher wurden 12 Tote und 35 Schwerverletzte geborgen. Die Zahl der Verunglückten ist noch nicht festgestellt.

Hochwasser.

wird vom Rhein, der Lahn, Nahe, Mosel, Rinzig und anderen deutschen Flüssen gemeldet. Die bekannte Wallfahrtskirche in Mariental ist durch einen Wollenbruch und die Schneemasse unter Wasser gesetzt. Das Hochwasser ist bereits über den Stand von 1878 gestiegen. Großen Schaden hat das Wasser in einer Fabrik in Vallendar angerichtet, wo 1000 Fässer Marmelade fortgeschwemmt wurden. Die Hochflut der Nahe hat die Ortschaften Grolsheim, Münster, Dietersheim, Sarnsheim und die Häuser der Neumühle bei Badesheim unter Wasser gesetzt. Zur Hilfeleistung sind Pioniere eingetroffen.

Cassel, 18. Jan. (W. B. Nichtamtlich.) Die Schneeschmelze und die reichlichen Regenfälle der letzten Tage haben die Flüsse in Kurhessen beträchtlich anschwellen lassen. Die Lahn hat mehrere Dörfer durch Ueberschwemmung vom Verkehr völlig abgesperrt. Auch die Werra führt Hochwasser. Besonders gefährdend steigt die Fulda, die zudem aus der Eder starke Zuflüsse erhält. Heute nacht wurden bereits mehrere Straßen der Casseler Altstadt überschwemmt, so daß der Fußgängerverkehr völlig stockte. Stellenweise schlägt man Brücken. Die Keller jener Gegend stehen unter Wasser. Ein Soldat wird vermisst, man glaubt, daß er ertrunken ist.

Bingen, 18. Jan. Bei dem herrschenden Tauwetter wird das Hochwasser des Rheins und seiner Nebenflüsse immer größer. Hier hat das Wasser eine Höhe von 3.65 Meter erreicht und ist seit gestern Abend um 1/2 Meter gestiegen. Es konnte ein Ansteigen von 10 Zentimeter in der Stunde festgestellt werden. Durch das hohe Rheinwasser wird die Nahe geflutet. Diese ist seit gestern wieder im Steigen begriffen. Sehr große Verwüstungen hat das Wasser u. a. in Kreuznach angerichtet. Dort sind infolge des Hochwassers Betriebsstörungen des Gas- und Wasserwerks eingetreten. Auch im Hunsrück, wo die wilden Gebirgsbäche Hochwasser führen und über die Ufer getreten sind, sind große Schäden zu verzeichnen. Mehrere Provinzialstraßen mußten für den Verkehr gesperrt werden, da die Brücken beschädigt sind. Auf weite Strecken über die Ufer getreten ist die Mosel. Sie hat bei Trier, Berncastel und an anderen Plätzen das Land weithin überschwemmt. Weiteres Steigen des Rheins und der Nebenflüsse steht in Aussicht. Die Rheinschifffahrt ist infolge des Hochwassers bereits eingeschränkt worden.

Lokalnachrichten.

* Rönigstein, 18. Jan. Wir machen die Kriegshinterbliebenen der Gemeinden Rönigstein, Schneidhain, Schloßborn, Glashütten, Hornau und Ruppertsheim auf das heutige Ausschreiben der hiesigen Bezirksfürsorgestelle aufmerksam. Es liegt im eigenen Interesse der betreffenden Familien, von dieser Einrichtung Gebrauch zu machen, zumal die Beratung völlig unentgeltlich ist. Die Sprechstunde findet jeden Dienstag, nachmittags 4—6 Uhr im hiesigen Rathaus, Zimmer 1, statt.

* Auf dem hiesigen Standesamt kamen im verflossenen Jahre zur Eintragung: 27 Geburten, 53 Sterbefälle und 17 Eheschließungen, unter letzteren 10 Kriegstraumungen.

* Der Kaiser hat den Wunsch geäußert, daß auch in diesem Jahre sein Geburtstag nur durch ernste Feiern und Zusammenkünfte — wie in den Schulen und beim sonntäglichen Gottesdienste in den Kirchen — begangen und von lauten feierlichen Veranstaltungen tüchtig Abstand genommen werden möge.

* Nachdem die Bevölkerung durch Veröffentlichung am Anschlagtafeln und Bekanntgabe in der Presse über Verhalten bei Fliegerangriffen eingehend unterrichtet worden ist, wird darauf hingewiesen, daß den bei Fliegerangriffen Verletzten Entschädigungen nur dann gezahlt werden, wenn sie sich den Vorschriften entsprechend verhalten und sich nicht aus Nachlässigkeit oder um ihre Reuegierde zu befriedigen, leichtsinnig der Gefahr des Verwundetwerdens ausgesetzt haben.

* Es ist eine Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme und Bestandhebung von gebrannten und anderen künstlichen Mauersteinen, Dachziegeln aller Art und Drainageröhren aus Ton erschienen, die am 25. Januar 1918 in Kraft tritt. Nach der Beschlagnahme sind Verfügungen über die Gegenstände nur noch zulässig, sofern sie durch einen Freigabebeschein mit dem Stempel des Kriegsamtes, Bauprüfstelle, gestattet sind, oder eine ordnungsmäßige Ausfuhrbewilligung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung vorliegt. Ohne besondere Genehmigung bleibt jedoch trotz der Beschlagnahme der Verkauf und Verbrauch von Mauersteinbruch sowie von Formsteinen bis zu 500 Stück, von Dachziegeln bis zu 1000 Stück, von Drainageröhren bis zu 500 Stück und von den übrigen Gegenständen bis zu 5000 Stück in einem Kalendermonat für eine Baustelle gestattet. Der Vorrat in den obenbezeichneten Gegenständen ist außerdem von den Personen oder Betrieben, die sie erzeugen oder mit ihnen handeln, alle 2 Monate an die Kriegsamtsstelle zu melden, in deren Bereich die Gegenstände sich befinden. Die erste Meldung ist über den bei Beginn des 1. Februar 1918 vorhandenen Bestand bis zum 10. Februar 1918 zu erstatten. Vorgezeichnete Meldebogen sind von der zuständigen Kriegsamtsstelle anzufordern. Auch eine Lagerbuchführung ist über die zu meldenden Gegenstände vorgeschrieben. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist im Kreisblatt einzusehen.

* Besucher von Bad Homburg v. d. H. werden erneut darauf hingewiesen, daß sie zum Eintritt in die Stadt eines von der Polizeiverwaltung ihres Wohnortes ausgefertigten Personalausweises bedürfen, der genau den Bestimmungen in Abt. 5 der Verordnung st. v. Generalkommandos 18. Armee Korps vom 16. 11. 1917 entspricht. Auch Kirchenbesucher müssen sich in gleicher Weise legitimieren können, da sie sonst Gefahr laufen, nicht zum Gottesdienste zugelassen zu werden.

* Die Nassauische Sparkasse hat für das Jahr 1917 eine Zunahme des Einlagebestandes von M. 42 Millionen zu verzeichnen, gegenüber der bisher stärksten Zunahme von M. 14 Millionen im Jahre 1909. Die Einlagen haben damit M. 200 Millionen überschritten. Während die Ansammlung der ersten M. 100 Millionen 38 Jahre in Anspruch nahm, (1870 bis 1908), vollzog sich die Erreichung der weiteren M. 100 Millionen in der kurzen Zeit von 9 Jahren. Die Kriegsjahre 1914 bis 1917 erbrachten eine Zunahme von M. 61 Millionen, wobei zu beachten ist, daß außerdem M. 90 Millionen Einlagen zur Zeichnung auf die 7 Kriegsanleihen verwendet wurden. Diese Zahlen legen ein glänzendes Zeugnis ab von der wirtschaftlichen Kraft unseres Regierungsbezirks.

* Das 2½-Pfennigstück. Durch die Einführung von Postwertzeichen im Werte von 7½ S ist es notwendig geworden, auch eine Münze zu schaffen, die den Erwerb eines einzelnen solchen Postwertzeichens ermöglicht. Es wurde daher die Einführung einer neuen Münze im Werte von 2½ S beschlossen. Von der Durchführung dieses Beschlusses wird aber einwilligen Abstand genommen werden, weil die für eine solche Münze in Betracht kommenden Metalle zur Zeit nicht zur Verfügung stehen. Das 2½-Pfennigstück wird erst nach dem Krieg zur Ausprägung gelangen. Mit seinem Erscheinen im Zahlungsverkehr wird das 2-Pfennigstück entbehrlich, da es zwecklos ist, zwei Münzen, deren Zahlwerte so dicht beieinander liegen, gleichzeitig im Verkehr zu haben. Auch kann das 1-Pfennigstück bei ausreichender Prägung das 2-Pfennigstück vollkommen ersetzen.

* Es ist vielfach die Behauptung verbreitet worden, es sei daran gedacht, die Kartoffelbewirtschaftung aus der Hand der Kommunalverbände wegzunehmen und die Verbraucherbezirke auf den Abschluß von Lieferungsverträgen mit einzelnen Landwirten zu verweisen. Daran ist niemals gedacht worden. Nach wie vor sollen und müssen die ländlichen Kommunalverbände die Träger der Kartoffellieferung sein. Ebenso ist es unrichtig, daß die nicht durch Lieferungsverträge gebundenen Kartoffeln in den freien Handel gelangen sollen und daß dadurch die Landwirte in die Versuchung kämen, die durch Lieferungsverträge gesicherten Kartoffeln widerrechtlich zu höheren Preisen zu verkaufen. Eine solche Regelung ist nicht beabsichtigt, es sollen vielmehr diejenigen Kartoffeln, die den Landwirten nach Erfüllung ihrer Lieferungsverpflichtungen verbleiben, nur durch Vermittlung der Kommunalverbände und nur zum Höchstpreise abgegeben werden. Die Abgabe von Kartoffeln durch Landwirte oder Händler ohne Bezugsscheine, die überdies noch häufig unter Ueberschreitung des Höchstpreises erfolgt, ist somit unzulässig und unterliegt der Bestrafung.

— Höchstpreise für Schuhwerk. Zur Ersparnis von Schuhwerk darf nach einer sofort in Kraft tretenden Bekanntmachung der „Kontrollstelle für freigegebenes Leder“ die Schafthöhe von Stiefeln (in der Mitte an der Seite bis zum Absatz gemessen) in den mittleren Größen für Herren 13 Zentimeter, für Damen 16½ Zm., für Mädchen- und Kinderstiefel 12 Zm. nicht überschreiten. Die übrigen Größen sind entsprechend abzustufen. Wenigstens zwei Drittel der Erzeugung in Damenschuhwerk muß aus Halbschuhen bestehen. Aus wirtschaftlichen Gründen ist die Verarbeitung von zugeschnittenen Schäften gestattet.

* Fellenstein, 18. Jan. Dem Hilfswachmann Ludwig Diez wurde das Ernst-Ludwig-Kriegsehrenzeichen nebst Urkunde verliehen.

— p— Hornau, 17. Jan. Nach Beschluß des kath. Kirchenvorstandes und der Gemeindevorstellung soll für die hiesige alte Kapelle eine neue Kirche erbaut werden. Die ehrwürdige etwas baufällige Kapelle ist schon lange für die Gemeinde, welche sich in den letzten Jahren vor dem Krieg sehr vermehrt hatte, viel zu klein. Sie hat nur eine Länge von 16 Meter und eine Breite von 8 Meter. Der innere Raum bis zur Kommunionbank ist nur 9 Meter. Aus diesen Maßen ergibt sich von selbst, daß die Kirche für eine Gemeinde von 1100 Seelen bei weitem nicht ausreicht und wer an Sonn- und Feiertagsgottesdiensten sieht, wie die Schulkinder sich in dichten Scharen bis an die Stufen des Altars drängen, so daß dem Pfarrer fast kein Platz zum Ein- und Ausgang bleibt, der ist überzeugt, hier muß Abhilfe geschehen. Deshalb wurde denn seit längerer Zeit auch ein Kirchenbauverein, an dessen Spitze der jeweilige Seelsorger steht, dahier gegründet. Da eine Vergrößerung der Kapelle nicht vorgenommen kann und auch, wie jeder sieht, der Platz um die Kapelle, welcher der Zivilgemeinde gehört, viel zu klein ist, so wurde im verflossenen Jahr ein Platz, 110 Ruten groß, aus dem ehemaligen Grobherz, Luxemb. Gelände, welches sich jetzt fast in der Mitte des Dorfes befindet, für den Kaufpreis von 6255 Mark erworben. Ueber die alte Kapelle und den Ort Hornau ist eine sehr interessante Geschichte vorhanden und wird nächstens eine Broschüre „Urkunde und Geschichte der alten Kapelle mit einer Ansicht“ erscheinen, deren Ertrag zum Besten des Kirchenneubaus bestimmt ist.

Spart an Kartoffeln!

Betrifft Geflügel.

Die Geflügel-Bestellungen bitten wir bis spätestens **Mittwoch Nachmittag 4 Uhr** in den Regereien **Feld, Cahn** und **Reimelster** aufzugeben. Später eingehende Bestellungen können nicht berücksichtigt werden.

Königstein im Taunus, den 17. Januar 1918.

Der Magistrat: **Jacobs.**

Frost und Blatteis betr.

Die Hausbesitzer resp. deren Stellvertreter werden daran erinnert, daß bei Schneefall die Bürgersteige zu reinigen und bei Frost und Blatteis die Bürgersteige mit Sand, Asche, Sägemehl usw. zu bestreuen sind. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Königstein im Taunus, den 12. Januar 1918.

Die Polizeiverwaltung: **Jacobs.**

Ein Militärurlaubszug entgleist.

Bis jetzt 12 Tote und 25 Verletzte.

Saarbrücken, 17. Jan. Ein Urlaubszug ist gestern morgen zwischen den Bahnhofen Airm und Hochstetten infolge Dammunterpflung durch Hochwasser der Nahe entgleist. Lokomotive, Padwagen und drei Personenwagen stürzten in den Fluß. Bis jetzt konnten 12 Tote geborgen werden. Es wird befürchtet, daß sich noch etwa 25 Personen in den im Hochwasser liegenden Wagen befinden. Außerdem sind 15 Personen schwer und 10 leicht verletzt. Der Verkehr ist vorerst gesperrt.

Von nah und fern.

Bad Homburg, 17. Jan. Gestern früh starb hier im Alter von 63 Jahren der Direktor der Großh. hess. Konzeß. Landesbank, **Karl Franz Arnold**. Mit ihm ist eine in weiten Kreisen bekannte und geschätzte Persönlichkeit verschieden. Lange Jahre gehörte er der Stadtverordnetenversammlung an und war Vorsitzender des Finanzausschusses. Bis zu seinem Tode war er Mitglied der Handelskammer, des Kreistages des Oberrheinischen Kreises und Mitglied des Aufsichtsrates vieler hiesiger und auswärtiger industrieller Unternehmungen, so auch der Rheinbahn Höchst-Königsstein, und Mitglied gemeinnütziger Vereine.

Frankfurt, 18. Jan. Die Strafkammer erkannte gegen die Reisenden **Richard Lufsch** und **Emil Schulz**, die Abreisebescheinigungen gefälscht hatten, um auf der Reise mehr Brot zu bekommen, zu 10 bzw. 8 Monaten Gefängnis.

Wiesbaden, 15. Jan. Ein Feldgrauer, der mit dem Urlaubszug am vormittag auf dem hiesigen Hauptbahnhof eintraf, hatte für seine Familie aus dem Felde 30 Pfund Schweinefleisch, zwei Schinken, zwei Gänse, mehrere Rilo Speck und Wurst mitgebracht und in einem großen Rucksack verpackt. Als er hier aussteigen wollte, war der Rucksack spurlos verschwunden; in einem unbewachten Augenblick hatte er einen anderen Liebhaber gefunden.

Wiesbaden, 17. Jan. Aus dem hiesigen Gerichtsgefängnis sind nachtslicher Weise drei Strafgefangene entflohen. Ein Aufseher, welcher, indem er es unterließ, die Türen ordnungsmäßig zu verschließen, die Flucht ermöglicht hatte, ist auf der Stelle entlassen worden.

Aus der Diözese Limburg. Drei Priester unserer Diözese können in diesem Jahre ihr goldenes Priesterjubiläum feiern. Es sind das der Hochwürdigste Herr Domdekan Prälat Dr. Hilpisch zu Limburg, der Herr Geistl. Rat Franz, Pfarrer von Hadamar und Pfarrer Dr. Benz von Camp am Rhein. Das silberne Priesterjubiläum begehen Pfarrer Grampp von Meudt, Defan Urban von Herborn, Pfarrer Rillburg von Niederbrechen, Professor Leber, Religionslehrer am Gymnasium zu Hadamar und Pfarrer Nikolai an der St. Marienpfarrkirche zu Viebrich. Letzterer Herr kam zugleich auf eine 25jährige priesterliche Tätigkeit in Viebrich zurückblicken.

Mainz, 18. Jan. Statt einer Kiste bestellter Zigarren erhielt ein hiesiges Zigarrengeschäft von einer auswärtigen Fabrik eine Kiste mit Backsteinen. Auch eine zweite Sendung, die als Ersatz dienen sollte, barg Backsteine. Wo sich die Zigarren in Steine umwandeln, ist noch ein Rätsel.

Kleine Chronik.

Köln, 15. Jan. Der Obermeister der Köln-Mülheimer Schweinemehger-Zimung Hermann Kerner, Mitglied des Aufsichtsrats der Bezugs- und Verwertungsgenossenschaft der Kölner Schweinemehger-Zimung, beklagte einen Vertrauensposten an der Wage beim Verteilen des Fleisches. Durch einen Lehrling wurde bekannt, daß der Obermeister die ihm zustehende Wurstmenge zweimal weggeschaffen ließ, worauf seine Verhaftung erfolgte. Nach Feststellung der Stadtverwaltung soll es sich um Unterschlagungen von insgesamt 10 bis 15 Zentner Wurst handeln, die von Kerner über den Höchstpreis hinaus verkauft wurde. Als Entschädigung für die unterschlagene Wurst hatte er 2000 Mark gezahlt. Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe.

Kassel, 17. Jan. Einbrecher verübten in der „Prinzenvilla“ an der Prinzenquelle ein gemeinsames Zerstörungswerk, indem sie alle Leppiche, Bilder, Gardinen und Polstermöbel vollständig zerstörten. Der Schaden ist sehr bedeutend.

Deffau, 18. Jan. Oberstadtssekretär Rampfensel, der wegen Veruntreuung beim städtischen Lebensmittelverkauf in Untersuchungshaft genommen war, hat sich durch Erhängen das Leben genommen. Gegen den Oberbürgermeister ist auf seinen Antrag und den Antrag der Staatsregierung das Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Bekanntmachung.

Das städtische Bekleidungsamt ist Montag und Mittwoch geschlossen.

Königstein, den 16. Januar 1918.

Der Magistrat: **Jacobs.**

Bekanntmachung für Falkenstein.

Infolge des Krieges sind Böhrne und Baumaterial deart im Preise gestiegen, so daß der Wert der Gebäude im Falle eines Brandes nicht mehr im Einklang mit der Versicherungssumme steht. Es wird deshalb allen Gebäudebesitzern zur Erwägung gegeben, ihre Gebäude während der Dauer dieser Zustände höher zu versichern.

Falkenstein, den 5. Januar 1918.

Der Bürgermeister: **Hasselbach.**

Großes Hauptquartier, 18. Januar.

(W. B.) Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem größten Teil der Front war die Gehechstätigkeit gering, lebhafter in der Gegend südwestlich von Cambrai.

Bei kleineren Unternehmungen nördlich und nordöstlich von Prosnas wurden Gefangene gemacht.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

An der

Mazedonischen Front

und

Italienischen Front

ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: **Ludendorff.**

Die Tauchbootmeldung.

Berlin, 17. Jan. (W. B. Amtlich.) Eines unserer Unterseeboote hat kürzlich an der Westküste Englands vier Dampfer, ein französisches Bewachungsfahrzeug, einen Segler und einen Fischdampfer vernichtet. Die Mehrzahl der Schiffe wurde unter erheblicher feindlicher Gegenwirkung in dem für starke U-Bootabwehr besonders geeigneten Gewässern der Irischen See und des Bristol-Kanals in geschickten Angriffen versenkt. Hier fiel auch das französische Bewachungsfahrzeug dem U-Boot zum Opfer. Sämtliche Dampfer waren bewaffnet. Unter ihnen konnten die englischen Segler „Eimelca“ und „Boston City“ festgestellt werden. Von den beiden andern Dampfern hatte der eine Kohlen, der andere vom Aussehen und Größe des englischen Dampfers „Egremont Castle“, 5284 Tonnen, Leinöl geladen. Der Fischdampfer führte die Bezeichnung „B. F. 696“.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Der König von Rumänien Gefangener der russischen Regierung?

Basel, 18. Jan. (Priv.-Tel. d. Ziff. Ztg.) Reuter vernimmt aus Petersburg: Die Volkskommissionäre haben am Samstagabend die Verhaftung des Königs von Rumänien verfügt, der nach Petersburg geführt wurde.

Kerenskij.

Stockholm, 17. Jan. Laut „Djen“ trafen in Petersburg neue Nachrichten von Kerenskij ein. Dieser teilt mit, daß er sich wohl befindet. Sein ausführlicher Bericht über seine Tätigkeit als Justizminister, Kriegsminister und Regierungsoberhaupt sei nahezu vollendet. Das Blatt wiederholt, daß Kerenskij in der gezeichneten Versammlung seine Rechtfertigungsschrift selbst verlesen werde.

Der Bund der Kriegsbeschädigten.

Berlin, 7. Jan. (W. B.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht eine Verfügung des Oberbefehlshabers in den Marken, in der dem Vorsitzenden des Bundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer **Erich Ruttner** jede weitere Tätigkeit für diesen Bund auf Grund des Belagerungsgesetzes verboten wird. Ruttner hat in einer Versammlung an die Kriegsbeschädigten die Aufforderung gerichtet, die Bänder ihrer Kriegsorden abzulegen. Diese Aufforderung, der zahlreiche Inhaber des Eisernen Kreuzes Folge leisteten, sei geeignet, im Heere und Volke die hochgeachtete Kriegsauszeichnung verächtlich zu machen. Sein Verhalten beweise, daß Ruttner die sachliche Leitung des Bundes nicht gewährleiste.

Letzte Nachrichten.

Bern, 17. Jan. (Priv.-Tel. d. Ziff. Ztg.) Der Deutsche Otten, der früher in Genf lebte, ist in Frankreich vom Kriegsgericht wegen angeblicher Spionage zum Tode verurteilt worden. Otten wurde seinerzeit auf ein Motorboot in Genf gelockt, dort betäubt und auf das gegenüberliegende französische Ufer verbracht.

Frischen Pferdedünger kauft,

auch auf Abruf.

Gärtnerrei **Haus Hainerberg**.

Königstein

Eine junge, trachtige **Ziege** zu verkaufen **Hornau (Taunus)**, Staufstraße 2.

Bei vor kommenden Sterbefällen **Trauer-Drucksachen**

rasch durch **Druckerei Kleinböhl**.

Königstein.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Krankheit und dem Hinscheiden meiner lieben Frau und guten Mutter

Frau Anna Keller

geb. Heess,

besonders auch den barmherzigen Schwestern für die liebevolle Pflege der Verstorbenen hiermit innigsten Dank.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Otto Keller und Kind.

Königstein, 15. Januar 1918.

An die Kriegshinterbliebenen

in den

Gemeinden Königstein, Schneidhain, Schloßborn, Glashütten, Hornau und Ruppertsdahn.

Der Unterzeichnete macht nochmals auf die **unentgeltliche Beratung** aufmerksam, die den Kriegshinterbliebenen (Witwen, Waisen und Eltern) **jeden Dienstag nachmittag** im hiesigen Rathaus, Zimmer 1, zu teil wird. Jede Familie sollte wenigstens einmal ihre Verhältnisse prüfen lassen, ob sich nicht auf irgend eine Weise eine Verbesserung ihrer Lage erreichen läßt. Alle Anträge in Renten und Unterstützungssachen werden zweckmäßig sofort hier angebracht, damit unnötige Schreiarbeit und Zeitverlust vermieden wird.

Königstein im Taunus, den 16. Januar 1918.

Bezirksfürsorgestelle Königstein im Taunus.

Der Leiter: Jacobs.

Brotzusatzkarten-Ausgabe.

Im Interesse einer ordnungsmäßigen Abwicklung der Dienstgeschäfte im Lebensmittelbüro auf dem hiesigen Rathaus wird hiermit angeordnet, daß die Brotzusatzkarten in der zweiten Woche der Brotkartenperiode vom 8—10 Uhr auf Zimmer Nr. 4, abzuholen sind und zwar:

für Schwerarbeiter

am Dienstag für die Anfangsbuchstaben der Familiennamen A—G
„ Mittwoch „ „ „ „ „ H—L
„ Donnerstag „ „ „ „ „ M—Z

Wir bitten die vorstehende Reihenfolge genau einzuhalten, andernfalls Zurückweisung erfolgen muß. Bemerkt wird, daß Freitags und Samstags keine Zusatzkarten ausgegeben werden.

Königstein im Taunus, den 17. Januar 1918.

Der Magistrat: Jacobs.

Betr. Hauschlachtungen.

Nach Anordnung des Landesfleischamtes müssen die Hauschlachtungen spätestens bis zum 31. Januar ds. Js. vorgenommen sein. Genehmigungen zu Hauschlachtungen nach diesem Zeitpunkt können daher nicht erteilt werden.

Königstein (Taunus), den 12. Januar 1918.

Der Bürgermeister: Jacobs.

Brennholzverkauf

der Kgl. Oberförsterei Königstein i. T.

Dienstag, den 29. Januar ds. Js. kommen auf der Billtalhöhe bei Königstein von 10 Uhr vormittags ab zum Verkauf:

1. Schutzbezirk Glashütten, Distr. 35a Ob. Reuwald. 2. Schutzbezirk Schloßborn, Distr. 69, 71a Oduna, Distr. 85, 88 Hint. Dikebaag. 3. Schutzbezirk Eppenhain, Distr. 100 Eichkopf, 104 Landsgraben. **Eichen:** 53 rm Scheit u. Knüppel, 33 rm Reiser 1r Klasse. **Buchen:** 678 rm Scheit, 1390 rm Knüppel, 425 rm Reiser 1r Klasse, 7000 Wellen. **Weichholz:** 23 rm Scheit u. Knüppel. **Fichten:** 40 rm Scheit und 30 rm Knüppel.

Nutz- und Brennholz-Verkauf.

Oberförsterei Hofheim. Schutzbezirk Eppstein.

Montag, den 21. Januar, vormittags 10 Uhr, in Eppstein bei Pöcher, „Zur Rose“, aus den Distr. 27 a/b, 28 Rabenstein u. Heilwacht:

Eichen: 12 rm Scheit u. Knüppel, 225 „ Reifig 3r Kl. in Dauten,
Buchen: 77 rm Scheit u. Knüppel, 515 „ Reifig 3r Kl. in Dauten,
Nadelholz: 2 Stämme — 0,20 fm, 1345 4r „ 6r „
7 rm „Knüppel,
3 „ „Knüppel,
15 „ Reifig 3r Kl. in Dauten.

Holzversteigerung.

Donnerstag, den 24. Januar 1918, vormittags 10 Uhr anfangend, kommen im Hornauer Gemeindefeld, Distr. Reis 7,

36 rm 2 m langes Kiefern-Scheitholz (Ruhgrundholz),

145 Stück Kiefernstämmen von 18—30 cm Zapfstärke

öffentlich meistbietend zur Versteigerung.

Hornau im Taunus, den 15. Januar 1918.

Der Bürgermeister: Bender.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsre liebe Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Urgrossmutter, Tante und Grosstante

Frau Katharina Henninger

geb. Schauer,

gestern, den 16. Januar, wohl vorbereitet durch den Empfang der hlg. Sterbesakramente im Alter von 88 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

l. d. N: Familie Gastwirt Henninger und Angehörige.

Altenhain im Taunus, 17. Januar 1918.

Statt Karten.

Gretchen Schauer

Franz Manstein

Verlobte

Königstein i. T.

Januar 1918

Perl a. d. Mosel

Betr. Ablieferung von Getreide.

Nachdem im Overtaunuskreise der Ausbruch, für den als letzter Termin der 31. Januar 1918 vom Herrn Regierungspräsidenten festgesetzt ist, beendet ist, ist erforderlich, daß alle Getreidemengen, soweit sie nicht von den Landwirten zurückgehalten werden dürfen, sofort zur Ablieferung gelangen. Alles Brotgetreide ist deshalb unverzüglich an die nächste Mühle (Göhl, Messer, Zimmer: Oberursel, Messer: Wehlthagen) abzuliefern. Gerste ist an das Lager von Conrad Zimmer, Hafer an die Kreismehlstelle abzuliefern. Sollte ausnahmsweise ein Landwirt noch nicht ausgedroschen haben, so ist der Ausbruch sofort zu bewirken und sind die Getreidemengen abzuliefern. Es wird bestimmt erwartet, daß die Ablieferung des sämtlichen Getreides bis zum 21. Januar 1918 erfolgt ist. Von diesem Termine ab werden sachverständige Landwirte im Auftrage des Kommunalverbandes die örtlichen Nachprüfungen vornehmen und feststellen, ob die obige Anordnung erfüllt worden ist.

Königstein, den 14. Januar 1918.

Der Magistrat: Jacobs.

Die Sparkasse

des

Vorschussvereins zu Höchst am Main

eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht

nimmt auf ein Sparkassenbuch Beträge von Mk. 1.— an in **unbeschränkter Höhe** und verzinst dieselben **vom Tage der Einzahlung** an bis zum Tage der Rückzahlung mit

3 1/2 %

Ferner nimmt der Vorschussverein **Darlehen** gegen Ausgabe von Schuldscheinen in Beträgen von Mark 500.— an zu **3 1/2 %** bei halbjähriger Kündigung und zu **4 %** bei ganzjähriger Kündigung. Die Verzinsung beginnt mit dem Tage der Einzahlung.

Der Vorstand.

Lüchiges, fleißiges

Mädchen,

nicht unter 17 Jahren, in kinderlosen, besseren Haushalt gesucht. Zu erfr. in der Geschäftsst. d. Stg.

Lüchiges

Kausmädchen,

das waschen und bügeln kann, für Villa in Cronberg gesucht. Frau Prof. v. Lochr, Cronberg i. T.

Kräftiges Mädchen

oder Frau f. Küchen- u. Hausarbeiten gesucht.

Frau Postverwalter Ludwig, Bad Soden (Cs.) Königsteinerstr. 11.

Blumentöpfe,

gebrauchte u. neue, kauft zu guten Preisen

Frau Heinrich Dornauf, Herzog-Kloppstr. 3, Königstein.

Bessere Frau sucht 1—2 unmöbl. Zimmer mit Kochgelegenheit in Königstein. Gefl. Angeb. mit Preisangabe unter G. H. an die Geschäftsstelle dieser Stg.

Schöne

3-Zimmerwohnung

mit allem Zubehör zu vermieten Limburgerstr. 5, Königstein

Für jedermann empfehlenswert sind unsere

Rechnungs-Block.

Drei Größen, in je 25 oder 50 Blatt auf Pappe bequem zum Aufhängen geblockt, durchlocht zum Abreiß.

Feines Schreibpapier.

Sauberster Druck eigener Werkstätte.

Druckerei Ph. Kleinböhl, Fernruf 44, Königstein. Hauptstr. 41.

Wandfahrpläne

der Königsteiner Bahn

Stück 15 Pfennig

Taschenfahrplan

Kleiner

Taunusfreund

10 Pfennig

zu haben in der

Druckerei Ph. Kleinböhl

Königstein im Taunus

Für Hotellers, Gastwirte,

Inhaber von Pensionen

und Zimmer-Vermieter

sind besonders praktisch

An- und Abmeldebücher

für Kurgäste,

weil die in den Büchern verbleibende

Abdruck jeden Zweifel oder Unklarheit über die erfolgte Meldung ausschließt. Borrätig in Büchern zu 25, 50 und 100 Scheinen für

M. 0,75, 1,50 und 2,00. Ebenso praktisch eingeteilt und empfehlenswert sind die wöchentlichen

An- und Abmeldebücher

für Dienstpersonal.

50 Scheine gebunden kosten mit Abdruck M. 1,40. Borrätig in der

Druckerei Ph. Kleinböhl,

Königstein im Taunus.

Für den

Bahnversand!

Nach neuester Vorschrift bedruckt

Aufklebezettel

(Signierzettel)

:: Anhänger ::

porrätig mit Oese. Mit Firma und Abgangstation Extra-Anfertigung von 500 Stück ab in kürzester Frist.

Druckerei Ph. Kleinböhl, Königstein .. Fernruf 44.